

Übersetzung aus dem Russischen

GVS-Nr.: A 463 811

5. Ausfertigung - 9. Blatt

D i s k u s s i o n s b e i t r a g

des Ministers für Verteidigung der UdSSR auf der 12. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zum ersten Tagesordnungspunkt: "Über die Tätigkeit der Vereinten Streitkräfte im Zusammenhang mit den neuen Friedensinitiativen, die in der Rede des Genossen Leonid Iljitsch B r e s h n e w in BERLIN am 06. 10. 1979 dargelegt wurden"

---

Werter Genosse Vorsitzender!

Werte Genossen Minister!

Genossen!

Erlauben Sie mir, im Namen der sowjetischen Delegation dem Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der Regierung der Volksrepublik Polen, dem Ministerium für Nationale Verteidigung und persönlich dem Minister für Nationale Verteidigung, Genossen Armeegeneral J a r u z e l s k i , für die Gastfreundschaft und die für unsere Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister geschaffenen guten Arbeitsbedingungen zu danken.

Erlauben Sie mir, allen Teilnehmern der Sitzung herzliche Grüße und Wünsche für Erfolg in der Arbeit vom Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU und vom Generalsekretär des Zentralkomitees, Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Genossen L. I. B r e s h n e w , zu übermitteln.

L. I. B r e s h n e w schenkt der Tätigkeit des Komitees der Verteidigungsminister, den Problemen, die wir beraten und beschließen, immer große Aufmerksamkeit. Großes Interesse widmet er auch dieser Sitzung, auf der Fragen beraten werden, die eine prinzipielle Bedeutung für die weitere Festigung der Waffenbrüderschaft und Erhöhung der Gefechtsbereitschaft der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages haben.

Besondere Bedeutung messen wir der Frage "über die Maßnahmen in den Vereinten Streitkräften im Zusammenhang mit den neuen Friedensinitiativen, die in der Rede des Genossen Leonid Iljitsch B r e s h n e w in BERLIN am 06. 10. 1979 dargelegt wurden" bei, die jetzt beraten wird.

Die vom Genossen L. I. B r e s h n e w unterbreiteten Vorschläge und der in WIEN im Juni dieses Jahres unterzeichnete Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über SALT-II stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit.

Das Sowjetvolk, die Völker der sozialistischen Bruderländer, alle Menschen guten Willens werten sie zu Recht als eine gute Grundlage für die Entwicklung der Menschheit in Richtung Frieden und sozialen Fortschritt.

Die herrschenden Kreise des Westens vor allem der USA, Großbritanniens und der BRD beantworten jedoch die sowjetischen Initiativen nicht konstruktiv, sondern sind bestrebt, ihre Bedeutung für die Sache des Friedens in Europa herabzusetzen und sie im propagandistischen Gerede über eine sogenannte "Störung des Gleichgewichts der Kräfte" und eine angebliche "sowjetische Bedrohung" untergehen zu lassen. Um die Öffentlichkeit des Westens irre zu führen, werden Erklärungen abgegeben, daß man die neuen Vorschläge der UdSSR, wie man sagt, "gründlich prüfen" und "tiefgründig analysieren" wolle. Gleichzeitig wird aber in Westeuropa faktisch eine neue Runde des nuklearen Wettübens eröffnet.

Der Sinn der durch den Westen unternommenen Bemühungen ist offensichtlich. Er besteht darin, eine militärische Überlegenheit in Europa über die Länder des Warschauer Vertrages zu erringen und zu versuchen, die strategische Lage in der Welt zu seinen Gunsten zu verändern. Gerade darauf sind die in den USA in Angriff genommenen umfangreichen Programme zur Vervollkommenung der strategischen Kernwaffen, die Maßnahmen zur beschleunigten Entwicklung neuer Arten von Massenvernichtungsmitteln, zur Aufstellung großer Formationen in Form eines "Eingreifkorps", die für die militärische Einnischung in verschiedenen Teilen der Welt bestimmt sind, gerichtet.

Diesem Ziel dienen auch die intensiven Kriegsvorbereitungen in den anderen NATO-Ländern, besonders die Pläne zur Erhöhung der Rüstungen, vor allem der Raketenkernwaffen.

Und schließlich sind diesem Ziel auch die beharrlichen Erklärungen von führenden Persönlichkeiten der USA und der westeuropäischen Staaten untergeordnet, daß man zuerst die Militärmacht der NATO "modernisieren" muß, um erst danach mit den Ländern des Warschauer Vertrages über gegenseitige Rüstungen zu verhandeln.

In dem sie diese Vorbedingungen fordern, zerstören sie damit die Grundlagen für Verhandlungen.

Die Hintergründe dieser "Modernisierung" hat bewußt oder unbewußt der Verteidigungsminister der USA, G. B r o w n , kürzlich in einer Rede vor der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten enthüllt. Er erklärte, daß im Ergebnis der Durchführung des Programms zur Vervollkommenung der alliierten NATO-Streitkräfte, die NATO bis Mitte der 80er Jahre eine allgemeine militärische Überlegenheit über die Länder des Warschauer Vertrages erreichen wird.

In Richtung dieser "Modernisierung" liegt auch der amerikanische Plan zur Stationierung von etwa 600 Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite auf den Territorien westeuropäischer Länder. Die USA fordern beharrlich von ihren NATO-Partnern diesen Plan anzunehmen, damit sie unter Umgehung des Vertrages SALT-II einen Vorteil an Kernwaffen gegenüber der Sowjetunion erreichen, um dann zu versuchen, mit uns, d. h. mit den Ländern des Warschauer Vertrages, von der Position der Stärke aus zu verhandeln.

Aus all dem folgt, daß die amerikanische Führung die Hoffnung hegt, durch die Realisierung des Planes der sogenannten "Raketenkernwaffen-Nachrüstung" der NATO in Westeuropa das Territorium der USA vor Antwortschlägen der Sowjetunion im gewissen Grade sicherer zu machen und gleichzeitig die Kernwaffengefahr für die europäischen Staaten - sowohl die sozialistischen als auch die nichtsozialistischen Länder - zu erhöhen. Um aber ihre NATO-Verbündeten zu beruhigen, die es begreifen, wohin die Stationierung zusätzlicher Kernwaffen auf ihren Territorien führt, hat WASHINGTON die Theorie von der Führung "selektiver Kernwaffenschläge gegen militärische Objekte" in Gang gesetzt. Es ist jedoch nicht schwer vorauszusehen, wohin die Durchsetzung dieser "Theorie" führen kann.

Sollten es die NATO-Strategen wagen, Kernwaffen einzusetzen, würden sofort Antwortschläge folgen und unter den entstandenen Bedingungen wird es wohl kaum möglich sein zwischen militärischen und nichtmilitärischen Objekten zu unterscheiden.

Wir sind uns über die Gefährlichkeit der Pläne zur Stationierung neuer Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite im klaren und treffen alle möglichen Maßnahmen, um den Völkern die reaktionären und aggressiven Ziele dieser Pläne sichtbar zu machen sowie ihre Durchführung zu verhindern. Die Sowjetunion wandte sich an die Führungen der westeuropäischen Staaten mit dem Vorschlag, sofort mit Verhandlungen über eine Reduzierung dieser Mittel zu beginnen, keine übereilten Handlungen zu unternehmen, die die Lage komplizieren und die Erringung positiver Ergebnisse bei diesen Verhandlungen stören könnten. Jedoch alle unsere Friedensinitiativen stoßen auf hartnäckiges Gegenwirken der USA und ihrer Verbündeten.

Wir bekräftigen unsere Bereitschaft zum Dialog mit den westlichen Ländern und sind aufrichtig bestrebt, eine militärische Entspannung in Europa zu erreichen.



Wir können jedoch nicht die praktischen Bemühungen des Westens, eine militärtechnische Überlegenheit über die Länder des Warschauer Vertrages zu erlangen, als auch den sich in letzter Zeit verhärtenden Widerstand der internationalen Reaktion gegen die positiven Veränderungen in der Welt ohne Beachtung lassen. Wenn wir die Vielschichtigkeit der Aggressionsvorbereitungen der NATO berücksichtigen, müssen die durch unsere Verteidigungscoalition zu treffenden Maßnahmen einen Komplexcharakter haben und alle Sphären - die politische, ökonomische, ideologische und besonders die militärische - umfassen.

Auf politischem Gebiet sind unserer Meinung nach eine noch größere Aktivität, Geschlossenheit und Einheit der Handlungen der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, ihr einheitliches Auftreten gegen die dem Frieden und dem Sozialismus feindlich gesinnten Kräfte sehr wichtig.

In diesem Zusammenhang muß unbedingt die hervorragende Rolle erwähnt werden, die die von der Führung der Bruderparteien der sozialistischen Länder operativ ausgearbeiteten und aktiv in die Tat umgesetzten Pläne zur politisch-propagandistischen Sicherstellung der neuen sowjetischen Initiativen spielen.

Die konsequente und abgestimmte Durchführung der außenpolitischen Aktionen durch unsere Länder, die beharrliche und unbeirrte Verwirklichung der Beschlüsse des Politischen Beratenden Ausschusses, die auf die Vertiefung der politischen Entspannung und deren Ergänzung durch die militärische Entspannung gerichtet sind, dienen und werden auch künftig zweifelsohne der weiteren Festigung der internationalen Positionen der sozialistischen Staatengemeinschaft, dem Anwachsen ihrer Autorität und ihres Einflusses dienen.

Auf militärökonomischem Gebiet ist es für jedes Bündnisland, für uns alle, Ehrensache, keine militärtechnische Überlegenheit des wahrscheinlichen Gegners über uns zuzulassen. Wir können nicht als passive Beobachter den von den NATO-Staaten unternommenen Schritten zur Eskalation der Kriegsvorbereitungen, zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen und Produktionsbasis für die Schaffung neuester Waffenarten und für die Ausrüstung der Streitkräfte mit diesen Waffen zusehen.

Wir dürfen auch nicht auf die Labilität des Atlantischen Blockes hoffen. Die darin auftretenden Zwistigkeiten tragen gewissermaßen "Familieneigenschaften". Letzten Endes streben die NATO-Staaten immer nach Einheit und erreichen diese auch meist im Namen ihrer Klasseninteressen. Davon zeugt im besonderen die Realisierung des bekannten Beschlusses über die jährliche dreiprozentige Erhöhung der direkten Rüstungsausgaben, wobei die Amerikaner sogar um noch mehr erhöht haben.

Aus diesem Grunde war und bleibt die weitere Entwicklung des ökonomischen und Verteidigungspotentials unseres Bündnisses, die Stärkung und Vervollkommnung der materiellen Basis der nationalen Armeen und der Vereinten Streitkräfte insgesamt unsere gemeinsame Aufgabe.

Es ist wichtig, daß jedes Bündnisland beharrlich die eigene militärische Produktion, insbesondere die Produktion neuer, vollkommenerer Technik, entwickelt.

Die sich in Europa entwickelnde Lage erfordert eine zunehmende Intensivierung der Arbeiten zur Verbesserung der operativen Vorbereitung der Kriegsschauplätze, ganz besonders zur Entwicklung des Flugplatznetzes, der Verkehrswege, der Nachrichtenmittel, der Instanzsetzungsbasis usw.

Im ideologischen Bereich tritt die Aufgabe in den Vordergrund, die westlichen Kreise daran zu hindern, aus der Defensive, in die sie durch die neuen Initiativen geraten sind, zur Gegenoffensive überzugehen. Eine nicht geringe Rolle bei der Lösung dieser Aufgabe können sicher auch wir, d. h. die Verteidigungsminister der Bruderländer, mit unseren gewichtigen Beiträgen spielen.

Es kommt darauf an, überzeugend das friedliche Wesen der sozialistischen Außenpolitik, den erzwungenen Charakter unserer Maßnahmen auf dem Verteidigungsgebiet, unsere Bereitschaft zu radikalen Schritten auf dem Wege zur militärischen Entspannung unter der Bedingung der Einhaltung des Prinzips der Gleichheit und gegenseitigen Sicherheit der Seiten nachzuweisen.

Nicht minder wichtig ist es, offensiv, kämpferisch die Propagandaspekulationen des Westens mit der angeblichen Gefahr, die vom Warschauer Vertrag ausgehen soll, zu entlarven.

Es muß entschiedener das reaktionäre Wesen der Politik der chinesischen Führung aufgedeckt werden. Sie hat den Kampf gegen die sowjetischen Vorschläge mit allen möglichen Mitteln als die "Hauptaufgabe der VR China in der Gegenwart" deklariert. Die Pekinger Führer unterlassen nicht ihre Versuche, die Konfrontation zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages zu verschärfen und die Idee der militärischen Entspannung in Europa selbst zu untergraben.

Was das militärische Gebiet betrifft, so möchte ich hervorheben, daß die in BERLIN unterbreiteten Initiativen allseitig abgewogene, sorgfältig begründete und abgestimmte Vorschläge sind, die die Interessen der sozialistischen Staatengemeinschaft berücksichtigen.

Zugleich ist der Abzug eines großen Kontingents von Truppen in Stärke von 20.000 Mann, 1.000 Panzern und einer bestimmten Menge anderer Militärtechnik aus einem Raum, wo sich die Streitkräfte der Seiten unmittelbar gegenüberstehen, zweifellos keine einfache Sache.

Sie erfordert unsere gemeinsamen Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Wachsamkeit und Gefechtsbereitschaft sowohl der Streitkräfte der UdSSR als auch der Bruderarmeen.

Der Plan des Abzuges der Truppen ist ausgearbeitet, mit der politischen Führung der DDR, mit dem Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Genossen H o f f m a n n , abgestimmt, und wir haben schon mit der Verwirklichung dieses Planes begonnen.

Die Angespanntheit und Kompliziertheit der militärpolitischen Lage, die zunehmende Aktivität der aggressiven Kräfte des Imperialismus fordern von uns beharrliche und wirksame Anstrengungen zur weiteren Vertiefung und Erweiterung der Zusammenarbeit auf dem Verteidigungsgebiet, sowohl auf zweiseitiger Grundlage als auch im Maßstab der Organisation des Warschauer Vertrages.

Besondere Bedeutung erlangt jetzt die Realisierung der abgestimmten Maßnahmen zur Ausrüstung der Bruderarmeen mit modernen Arten der Bewaffnung und Kampftechnik. Es geht jetzt nicht um die Basiseinheiten, sondern um die Umrüstung unserer Armeen auf neue Waffen und technische Kampfmittel. In dieser Hinsicht müssen die Ausarbeitung und die Annahme der Entwicklungspläne unserer Armeen für 1981 bis 1985 eine bestimmende Rolle spielen. Ihnen wird wohl die Erfüllung der Hauptbedingung - die Nichtzulassung einer Überlegenheit des NATO-Blockes über uns - zugrunde liegen müssen.

Einer weiteren Vertiefung bedarf die gemeinsame Arbeit zur Beherrschung neuer Arten des Führens von Gefechtsaktionen, der Vervollkommnung des Zusammenwirkens der verbündeten Truppen und deren Führung unter schwierigen Lagebedingungen. Immer größere Bedeutung erlangen Erprobungsübungen, die zur Erschließung von Wegen zur maximalen Nutzung der Gefechtsmöglichkeiten neuer Technik beitragen.

1980 wird unser Warschauer Vertrag den 25. Jahrestag seiner Gründung begehen. Auf Beschluß der Regierungen ist geplant, eine Reihe von Maßnahmen zu seiner weiteren Festigung vorzusehen. Wir müssen uns auch aktiver in die Vorbereitung auf dieses Jubiläum einschalten. Im besonderen ist die Durchführung der Übung "WAFFENBRÜDERSCHAFT" der verbündeten Armeen auf dem Territorium der DDR unter der Leitung des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR, Genossen Armeegeneral H o f f m a n n , und des Kommandos der Vereinten Streitkräfte vorgesehen. Es müssen andere Maßnahmen geplant werden, die zur weiteren Stärkung unseres Kampfbündnisses, zur Erhöhung der Kampffähigkeit und Gefechtsbereitschaft der Vereinten Streitkräfte beitragen.



Es kommt darauf an, auch weiterhin unsere militärische Zusammenarbeit auf allen Gebieten, auch in Fragen, die zur Beratung auf dieser Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister aufgeworfen wurden, zu entwickeln und zu vertiefen: Zu dieser Zusammenarbeit muß jeder Bündnisstaat den erforderlichen Beitrag leisten.

Über die weitere, engere Koordinierung in der Arbeit der Verteidigungsministerien unseres Bündnisses auf den verschiedenen Gebieten und die Rolle, die dabei der Oberkommandierende und der Stab der Vereinten Streitkräfte spielen, hat der Minister für Nationale Verteidigung der VR Polen, Genosse Armeegeneral J a r u - z e l s k i , gesprochen. Wir meinen, daß dieser Vorschlag weitgehendste Unterstützung verdient.

Ich möchte kurz auf die Vorschläge der rumänischen Genossen eingehen. Sie äußern die Meinung, daß gegenwärtig auch die anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages Initiativen zu einer gewissen einseitigen Reduzierung ihrer Streitkräfte unternehmen sollten.

Wir sind der Meinung, daß eine solche Maßnahme zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus folgenden Überlegungen heraus unzweckmäßig wäre:

1. Die Vorschläge der Sowjetunion über die mögliche Reduzierung der Raketenkernmittel mittlerer Reichweite und den Abzug der ihnen bekannten Anzahl von Truppen aus der DDR sind mit der Führung aller Länder des Warschauer Vertrages abgestimmt. Auf der Grundlage eines gemeinsamen Übereinkommens wurden diese Vorschläge von Genossen L. I. B r e s h n e w in BERLIN unterbreitet. Doch in ihnen geht es nicht um eine Reduzierung, sondern um einen einseitigen Abzug sowjetischer Truppen vom Territorium der DDR auf das Territorium der Sowjetunion. Sie sehen nur die Reduzierung von Raketenkernmitteln mittlerer Reichweite und das nur für den Fall vor, daß in den NATO-Ländern keine amerikanischen nuklearen Mittel dieses Typs entfaltet werden.

Die rumänischen Genossen haben qualitativ neue Vorschläge unterbreitet, die eine einseitige Reduzierung der Streitkräfte des Warschauer Vertrages vorsehen, während die NATO ihre Streitkräfte in Europa aufstockt.

Wir haben bisher von den westlichen Ländern noch keine Antwort auf die sowjetischen Vorschläge erhalten. Deshalb sollte man wohl gegenwärtig kaum mit neuen Initiativen auftreten.

2. Wir haben den bereits bei den WIENER Verhandlungen zum Ausdruck gebrachten abgestimmten Standpunkt: In der ersten Etappe nur die sowjetischen und amerikanischen Truppen in Mitteleuropa zu reduzieren, und mit der Reduzierung der Truppen der anderen Länder in der zweiten Etappe zu beginnen.

Der Vorschlag über die einseitige Reduzierung der Streitkräfte aller Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages steht im Widerspruch zu diesem zwischen uns abgestimmten Standpunkt, und es besteht kein Grund, diesen gegenwärtig zu ändern.

Wir müssen berücksichtigen, daß eine einseitige Reduzierung der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, wie das die rumänischen Genossen vorschlagen, zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der NATO führen würde.

3. Die weitere Verringerung der Streitkräfte nur von unserer Seite aus würde den Eindruck entstehen lassen, daß die Länder des Warschauer Vertrages unter dem Druck der NATO zusätzlich zurückweichen. Ein solcher Schritt könnte vom Westen als eine Erscheinung unserer Schwäche eingeschätzt werden. Das würde nur die NATO-Kreise fördern, die eine möglichst harte Linie verfolgen und zur schnelleren Annahme des Planes über die Produktion und Entfaltung neuer amerikanischer Kernmittel mittlerer Reichweite in Europa drängen.

Ausgehend von diesen Darlegungen schätzen wir ein, daß die Verringerung der Streitkräfte der Länder des Warschauer Vertrages nur annehmbar ist, wenn sie auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und des guten Willens beider Seiten und unter der Berücksichtigung durchgeführt wird, daß keinerlei Überlegenheit des NATO-Blocks über uns zugelassen wird.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die eine Politik des Friedens durchsetzen, sind in den letzten Jahren mit vielen Vorschlägen zur Vertiefung des Vertrauens und der allseitigen Zusammenarbeit in Europa, über die Begrenzung und Verringerung der Streitkräfte und Bewaffnung, mit herkömmlichen und auch Kernwaffen, zur zusätzlichen politischen Entspannung durch die militärische Entspannung aufgetreten. Wir haben alle noch den Beschluß der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vom November 1978 im Gedächtnis. Wir kämpfen beharrlich für die Erfüllung dieser wichtigen Beschlüsse für den Frieden.

Heute steht auf der Tagesordnung des Komitees der Verteidigungsminister die konkrete Frage über die Maßnahmen in den Vereinten Streitkräften in Verbindung mit den durch Genossen L. I. B r e s h n e w am 06. 10. 1979 in BERLIN dargelegten neuen Friedensinitiativen zu beraten.

Das ist eine wichtige Frage im Kampf um den Frieden in Europa.



Sie wurde mit Zustimmung aller unserer Bruderstaaten aufgeworfen. Sie zusammen mit früher unterbreiteten Vorschlägen jetzt zu behandeln, ist unzweckmäßig, da wir dadurch ihre Bedeutung und Aktualität herabsetzen würden.

Es entsteht die Frage, wie wir auf die Handlungen der westlichen Länder antworten, wenn sie nicht auf die Stimme der Vernunft hören und der NATO-Rat den Beschluß zur Stationierung von ca. 600 amerikanischen Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite in Westeuropa annimmt. Vielleicht wird es in diesem Falle erforderlich sein, eine spezielle Beratung dieser Frage durch die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages durchzuführen und mögliche Maßnahmen in Verbindung mit der Veränderung der militärpolitischen Lage und der strategischen Situation in Europa zu erörtern.

Die Interessen des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus, der Sache des Friedens und des sozialen Fortschritts erfordern von uns, die realistische Einschätzung der Versuche des Westens, das Gleichgewicht der Kräfte zu stören, das sich in Europa ergeben hat.

Unser einheitliches Herangehen an diese Frage wurde mit äußerster Klarheit durch Genossen L. I. B r e s h n e w in BERLIN zum Ausdruck gebracht.

"Die sozialistischen Länder", so erklärte Leonid Iljitsch, "würden natürlich den Anstrengungen der NATO-Militaristen nicht tatenlos zusehen. Wir müßten in diesem Fall die erforderlichen zusätzlichen Schritte zur Festigung unserer Sicherheit unternehmen".

Die Sowjetunion ist zu diesen Schritten bereit. Sie ist fest davon überzeugt, daß auch unsere Verbündeten dazu bereit sind.

Die sowjetische Delegation unterstützt voll den Beschluswurf zu dieser Frage.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.